

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Neuwahlen des 15. LEB

- Wer ist wahlberechtigt oder wählbar?

Professor Helmke über effiziente Klassenführung

- Die aktive Lernzeit optimieren

Neue Lehrerstudie

- Jedem Vierten fehlt das Feuer

Wie viel Platz brauchen Kinder im Schulbus?

- Zwischen Federvieh und nacktem Schaf

Kritik an Fächerverbänden für Hauptschüler

- Eintopf auf dem Stundenplan

Gruppeneffekte bei der Grundschulempfehlung

- Schlechte Karten in guten Klassen

Der LEB zum Organisationserlass

- Gute Bildung braucht endlich mehr Geld

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Gute Bildung braucht endlich mehr Geld	3	Keine Auswirkungen bekannt	19
Frühzeitige Hilfe statt schärferer Strafen.	4	Leserbrief	19
Sozialarbeit ist härter als Knast	7	Mehr Bildung statt Betreuung	20
Die aktive Lernzeit optimieren	7	Schlechte Karten in guten Klassen	21
Einladung zur Wahl des 15. Landeselternbeirats.	10	Eintopf auf dem Stundenplan	22
Wer ist wahlberechtigt oder wählbar?	10	Jedem Vierten fehlt das Feuer	23
Der Landeselternbeirat	11		
Mehr Orientierung im Noten-Dschungel.	12	Hochschule aktuell	
Ministerium sieht Zukunft der Profile gesichert	16	Reich an Geschichte und voller Zukunft.	24
Zwischen Federvieh und nacktem Schaf	17	Kein Recht auf Masterstudium für angehende Lehrer	27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wie viel Eltern hätten S' denn gern?“

Auch im LEB-Wahljahr 2008 wird der LEB nicht müde, für die bessere Akzeptanz von Eltern im Rahmen der Erziehungspartnerschaft zu kämpfen. Die Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule wird meines Erachtens immer mehr durch Bedürfnisse seitens der Schule oder der Politik definiert. Mit Sorge beobachte ich, dass die Rolle, die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder einnehmen sollen, zunehmend den Vorstellungen von Außenstehenden angepasst werden soll und dabei weniger das Kind als Zentrum der Anstrengungen gilt.

Eltern sollen in der Schule mitarbeiten: Essensausgabe, Lesespaten, Feste gestalten, Ausflugsbegleitung, Wände streichen ... Wollen sie dann aber über neue pädagogische Konzepte für ihre Kinder mitreden, dann sind sie unerwünscht. Viele Dinge gibt es nur noch an Schulen, wenn die Eltern über den Förderverein dafür bezahlen. Während die elterlichen Fähigkeiten (unterstützend, motivierend, bildungsfern, desinteressiert) durch die Schule bemessen und gewertet werden, wird ihnen jedes Recht abgesprochen, die Schule bemessen und werten zu dürfen. Ihre Hilfe zur Entlastung der Lehrer ist immer willkommen. Aber Eltern, die sich um den zukünftigen Bildungsweg ihrer Kinder sorgen und diesen mitgestalten wollen, gelten als

nicht kompetente Einmischer in Schulangelegenheiten. Eltern, die für ihr Kind mehr wollen, als von der Schule vorgesehen, gelten als ehrgeizige Überforderer. Eltern, die für ihr Kind weniger wollen, sind am Kindeswohl nicht interessiert.

Eltern sind wunderbar, um die U-Deklination in Latein zu wiederholen oder das Wurzelziehen daheim zu erklären. Ihnen wird aber die Fähigkeit abgesprochen, einen Fragebogen über die Unterrichtsgestaltung, die Hausaufgabenmenge und die Lernfreude ihrer Kinder auszufüllen.

Artikel 6 des Grundgesetzes spricht ausschließlich den Eltern eines Kindes das Recht auf dessen Erziehung zu. In dieses Recht darf nur in Ausnahmefällen eingegriffen werden und auch dann ist die Verhältnismäßigkeit zu beachten. Die Schule darf dies tun. Sie hat einen eigenständigen Erziehungsauftrag. Das ist auch richtig so! Dieser Erziehungsauftrag bedeutet aber nicht, dass die Schule die Eltern erzieht und definiert, welche Eltern gut und welche Eltern schlecht sind. Ausschließlich darf es darum gehen, die Kinder mitzuerziehen. Das ist eindeutig schwieriger – vielleicht kaprizieren sich daher viele Schulen darauf, die Erziehungskompetenz von Eltern zu kritisieren und sich an deren Stelle zu setzen und über Wohl und Wehe des Kindes zu befinden (im Rahmen der Grundschulempfehlung sogar politisch gewollt).

Evaluation, Schulentwicklung, Ganztagschulen, Abschaffung der Schulbezirke, echte Erziehungspartnerschaft statt hehlicher Aufgabenwahrnehmung, kritisch-konstruktive Kommunikation zwischen allen am Schulleben Beteiligten, moderne Unterrichtsformen und viele andere dringend nötige Schritte auf dem Weg zu einer modernen, an der heutigen Gesellschaft orientierten Schule können nur gemeinsam gegangen werden. Das wissen diejenigen Schulen, die sich bereits mit Erfolg auf die Reise gemacht haben. Sie zeigen, wie es geht. Und diesen Schulen gebührt unglaublich viel Dank angesichts derer, die sich nicht bewegen. Eltern sollten in ihren individuellen Fähigkeiten ernst genommen und in ihrer Rolle als Verantwortliche für die Zukunft dieses Landes mit Respekt und Anerkennung gewürdigt werden. Es werden ohnehin immer weniger.

Mit allen guten Wünschen für das Jahr 2008

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Anette Soppa (as), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: http://www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Schlechte Karten in guten Klassen

Bildungsforscher Ulrich Trautwein untersucht Grundschulempfehlungen

Kommt das Kind aufs Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule? Diese Entscheidung hängt nicht immer nur von den schulischen Leistungen der Kinder ab. Bei der Grundschulempfehlung spielen oft noch ganz andere Gesichtspunkte eine Rolle, zum Beispiel die Leistungsstärke der Klassenkameraden.



Dr. Ulrich Trautwein

Der Bildungsforscher Dr. Ulrich Trautwein vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB) in Berlin hat in den Grundschulen erforscht, wovon eine Empfehlung fürs Gymnasium abhängt. Seine neuesten Forschungsergebnisse hat er ausführlich in der Zeitschrift für Pädagogische Psychologie dargestellt und in einem Zeit-Interview erläutert. Sie zeigen, dass die Empfehlungen für durchschnittliche Schüler für den Übergang auf ein Gymnasium stark davon abhängen, ob diese zuvor in einer leistungsstarken oder leistungsschwachen Klasse waren.

Das Wissenschaftlerteam vom MPIB stellte zuerst die Hypothese auf, dass bei vergleichbarer Schulleistung die Wahrscheinlichkeit, eine gymnasiale Empfehlung zu bekommen, umso geringer sei, je stärker die Leistungen der Klassenkameraden sind, mit denen die Schüler in der Grundschule gelernt haben. Es wurden in fast 50 Klassen Leistungstests durchgeführt, die Schulnoten erfragt sowie die Übertrittsempfehlungen und der Übertritt erfasst.

Die Ergebnisse haben nun die Vermutung des Teams eindeutig bestätigt.

Eltern sehen ihre Kinder anders

Auch andere Forscher hatten bereits in der Vergangenheit negative Effekte leistungsstarker Klassenkameraden auf das Selbstbild und die Motivation von Schülern nachgewiesen. Zu denen zählt auch der Pädagoge Rainer Block von der Universität Duisburg-Essen. Er hat die Tauglichkeitsvoraussagen überprüft und kommt zu dem Ergebnis, dass die Empfehlungen der Lehrer häufig falsch sind, da diese sich auch am Bildungsniveau der Eltern orientieren. Nach seinen Ergebnissen scheitern viel weniger Kinder an den übersteigerten Bildungsansprüchen ihrer Eltern als an falschen Einschätzungen der Lehrer.

Das Risiko, einer zu hohen Schulform zugewiesen zu werden, ist aufgrund einer unzutreffenden Grundschulempfehlung 24 Mal höher. Das Gleiche gilt aber auch im Umkehrschluss für zu niedrig eingestufte Schüler. Block ist für einen kommunikativen Austausch zwischen Eltern und Lehrern bei der Entscheidung, welche weiterführende Schule am besten für das Kind geeignet ist. Die Eltern nähmen Leistungspotenziale ihres Kindes anders wahr als die Lehrer und umgekehrt. Man sollte deshalb nach seiner Ansicht versuchen zu einem Gesamtüberblick zu kommen, aber die Entscheidung letztlich den Eltern überlassen.

Der Referenzgruppen-Effekt

Trautwein kommt nun zu einem ähnlichen Schluss: Folgt man seinen Forschungsergebnissen, sind leistungsstarke Klassen

bei der Grundschulempfehlung von Nachteil. Man nennt dieses Phänomen auch den »Referenzgruppen-Effekt«. Schüler vergleichen sich und ihre Leistung mit der ihrer Klassenkameraden, nicht aber mit der Leistung eines Durchschnittsschülers in ihrem Alter. Wer als ordentlicher Schüler in eine besonders leistungsstarke Klasse kommt, sieht sich deshalb plötzlich nur noch als unterer Durchschnitt – mit allen Konsequenzen für Motivation und Lernfreude. „Ein und dieselbe Aufgabe macht uns Menschen einfach mehr Spaß, wenn wir denken, dass wir sie besonders gut – und besser als andere – beherrschen“, so der Forschungsgruppenleiter im Zeit-Interview.

Effekt schlägt bei den Lehrern zu

Nun stellt sich für Eltern natürlich die Frage, ob man aus diesen Gründen das Kind besser nicht in eine leistungsstarke Klasse oder Schule schicken soll. Dies wird vom Bildungsforscher allerdings nur bedingt so gesehen. Die Entwicklung der Schulleistung verläuft nach seinen Erkenntnissen in der Regel in einem anregenden Umfeld besonders positiv. Zu den Qualitätsmerkmalen gehört demnach insbesondere ein guter Unterricht, aber auch eine günstige Zusammensetzung der Klasse. Leistungsstarke Klassenkameraden können hier ein Vorteil sein. Bei den Übergangsempfehlungen für die weiterführenden Schulen läuft es ähnlich. Das Prinzip ist das gleiche, nur schlagen die Referenzgruppen-Effekte hier bei den Lehrern zu.

Vereinfacht gesagt: Wenn Lehrer die Leistungen ihrer Schüler beurteilen, bringen sie diese in eine Reihenfolge. Die besten erhalten eine Eins, die schlechtesten eine Fünf, der Rest liegt dazwischen. Dieses Muster findet sich praktisch in jeder Klasse, in einer Eliteschule ebenso wie in einer Schule in einem Problemkiez. Im Mittel liegt der Notendurchschnitt in allen Klassen deshalb in ähnlicher Höhe, auch bei sehr unterschiedlichen Durchschnittsleistungen. Und die Noten wiederum sind es, die die Grundlage der Übertrittsempfehlung sind.

Das bedeutet, dass die Lehrer keine objektiven Standards bei den Noten anlegen. Trautwein äußerte sich zu den Gründen hierfür wie folgt: „Viele Lehrer können die Leistungen ihrer Schüler im Vergleich mit Schülern anderer Klassen nicht korrekt einschätzen. So gibt es nicht in allen Bundesländern systematische Vergleichsuntersuchungen, die den Lehrern Hinweise zum Leistungsstand ihrer Schüler liefern. Davon abgesehen haben wir es bei der Notenvergabe mit einem pädagogischen Dilemma zu tun. Noten haben zwei Funktionen: Zum einen geht es um eine Bewertung, durch die den Schülern bestimmte Möglichkeiten und Chancen gegeben oder eben verwehrt werden – aus diesem Grund sollten die Leistungskriterien in allen Klassen identisch sein. Die andere Funktion der Noten ist eine pädagogische. Sie sollen Schüler bei ihren individuellen Leistungen unterstützen, motivieren und informieren, und da gibt man dann eben gute Noten mit gutem Grund auch mal dafür, dass sich ein Schüler ganz besonders angestrengt oder verbessert hat. Deshalb entsprechen Noten nicht immer dem objektiven Leistungsstand eines

Schülers. Beide Funktionen der Notengebung unter einen Hut zu bekommen ist äußerst schwierig.“

Dieses Verhalten führe dann letztlich zu ungerechten Entscheidungen mit Enttäuschungen für die Eltern. Die oft bittere Konsequenz ist, dass, der Schüler nicht die gewünschte Empfehlung erhält.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht, dass die tatsächlichen Leistungen des Kindes nicht allein ausschlaggebend für die Grundschulempfehlung sind. Die stellvertretende GEW-Bundesvorsitzende, Marianne Demmer, stellte im Zusammenhang mit den IGLU-Ergebnissen fest: „Lehrerinnen, Lehrer und Eltern wissen eben ganz genau, dass schwächere Schülerinnen und Schüler das Gymnasium nur mit Unterstützung der Eltern oder Nachhilfeeinrichtungen schaffen können. Arbeiterhaushalte können sich das in der Regel nicht leisten“.

Standardisierte Tests ohne Training

Wenn es wichtig erscheint, dass die Übertrittsempfehlung möglichst gerecht ist und in erster Linie auf Leistungskriterien basiert, braucht man neben den Schulnoten eine Batterie von standardisierten Tests mit einer hohen Verlässlichkeit, die von allen Schülern vor dem Übertritt zu bearbeiten sind, meint Trautwein. Allerdings fügt er gleich hinzu: Das dies nicht ganz billig sei, den Leistungsdruck erhöhen könnte und eventuell

viel Unterrichtszeit für das Training der Testaufgaben verwendet werden könnte.

Als Alternative, so Trautwein könnte man auch die Mehrgliedrigkeit abschaffen. Damit würde auch das Übertrittsverfahren überflüssig. Aber gerade das, so die Prognose des Bildungsforschers, wird nicht passieren. Teile der Politik, die Gymnasiallehrer und ein bedeutender Teil der Elternschaft wolle zumindest das Gymnasium behalten. Diese Ansicht wird durch eine aktuelle bundesweite Forsa-Umfrage bestätigt, der zufolge nur 29% die Einführung einer Einheitsschule fordern, dagegen fordern 60% eine Reform der Lehrerbildung, 82% fordern eine Verbesserung der Unterrichtsqualität.

Die Logik, dass man in homogenen Lerngruppen besonders gut lernen kann, ist laut Dr. Trautwein auch nicht völlig von der Hand zu weisen. Deshalb sei es auch wichtig, die negativen Konsequenzen von Fehlplatzierungen so gering wie möglich zu halten.

Hierfür sieht er gute Chancen. Tatsächlich habe sich in den letzten Jahrzehnten viel getan. Der erste Übertritt in eine bestimmte Schulform lege nicht mehr fest, wo ein Schüler am Ende landet. Hauptschüler könnten einen mittleren Abschluss nachholen und Realschüler später immer noch das Abitur erwerben. Die Übertrittsempfehlung verliere somit den Charakter eines abschließenden Urteils. Sie wird zur Prognose darüber, an welcher Schulform sich ein Schüler in den nächsten Jahren am besten entwickeln dürfte.

Eintopf auf dem Stundenplan

VBE: Fächerverbände benachteiligen Hauptschüler

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg kritisiert die Benachteiligung der Hauptschüler durch die 2004 erfolgte Zusammenlegung sämtlicher „Nebenfächer“ zu Fächerverbänden. Weder am Gymnasium noch an der Realschule wurden Musik, Sport und Kunst zu dem „Eintopffach MSG“ zusammengemixt. Wer einen Wechsel der Schüler nach der Multilateralen Versetzungsordnung (MVO) auch nach der Grundschulempfehlung weiterhin ermöglichen will, darf eine Schulart nicht derart benachteiligen, so der VBE.

Mit den größten Veränderungen in der Stundentafel mussten nach der Bildungsplanreform 2004 die Hauptschulen fertig werden. Deutsch, Mathematik, Englisch und Religion standen nicht zur Disposition, aber alle übrigen Unterrichtsfächer wurden zu vier Fächerverbänden zusammengefasst. An den Realschulen wurden lediglich zwei neue Fächerverbände eingerichtet, an den Gymnasien gab es sogar nur einen Verbund.

Während eine Zusammenlegung der Fächer Biologie, Chemie und Physik zu „NWA“ (Naturwissenschaftliches Arbeiten) an den Realschulen und zu „MNT“ (Materie, Natur, Technik) an den Hauptschulen durchaus einleuchtend und zweckmäßig erschien, rief die Zwangszusammenführung von Musik,

Sport und Bildende Kunst an der Hauptschule (und nur dort!) zum neuen Unterrichtsfach „MSG“ (Musik, Sport, Gestalten) bei Lehrern, Eltern und Schülern Kopfschütteln hervor, kritisiert der Verband.

Wenn man den Fächerverbund nun nach der reinen Lehre unterrichtet, leiden seitdem nicht nur die fachlichen Basiskompetenzen unter dieser Zwangsvermählung, sondern auch die differenzierten Schülerbewertungen. Insgesamt sind Fächerverbände für die wenigsten Schüler motivierend, keinesfalls leistungsfördernd und erschweren zusätzlich den Wechsel an die Realschule.

Da nach einer Intervention des Landtags jetzt die beste Note (die es ja eigentlich gar nicht gibt!) aus dem Fächerverbund MSG im Zeugnis zusätzlich ausgewiesen werden muss und nur diese Einzelzensur versetzungsrelevant ist, sollte man schnellstmöglich zugeben, dass es ein Fehler war, interdisziplinär arbeiten zu wollen, wo es wenig sinnvoll ist, und die Benachteiligung der Hauptschüler gegenüber den Schülern anderer Schularten umgehend rückgängig machen, fordert der VBE.

Michael Gomolzig

Hintergrundinformationen zu den aktuellen Themen in dieser *SiB* finden Sie auch auf den Internetseiten www.leb-bw.de und www.elterninfo.de